

## 46 Wirtschaftsnachrichten

Macaus Außenhandelsüberschuss stieg nach neuesten Angaben des Statistikamts von Macau (Statistics and Census Services) im vergangenen Jahr stark an. Mit 2,3 Mrd. MPtc (287,5 Mio. US\$) war er 78,4% höher als 1999. Das Exportvolumen betrug 20,4 Mrd. MPtc (2,55 Mrd. US\$), das Importvolumen 18,1 Mrd. MPtc (2,26 Mrd. US\$), was einer Zunahme um 15,9% bzw. 11% im Vergleich zum Jahr davor entspricht. Hauptausfuhr Güter blieben Textilien und Kleidung; sie machten 82,5% aller Exportwaren aus. Die meisten Exporte gingen mit 48,3% in die USA und mit 28,4% in die EU. Exporte in die VR China und die SVR Hongkong erreichten 16,7%. Importe stammten meist aus dem asiatisch-pazifischen Raum; die VR China und die SVR Hongkong waren mit 56,2% die Hauptlieferländer. Waren aus den USA und der EU machten 14,1% aus. (XNA, 10.2.01)

Im Jahr 2000 wurden insgesamt 716 neue Firmen in der SVR Macau gegründet, eine Zunahme um 63,1% im Vergleich zu 1999. Neueste Zahlen des Statistikamts zeigen, dass dabei ein Kapitalvolumen von 217 Mio. MPtc (27 Mio. US\$) involviert ist. Im letzten Jahr wurden 111 Firmen mit einem Kapitalvolumen von 26,57 Mio. MPtc (3,3 Mio. US\$) geschlossen. (XNA, 17.2.01)

In Macau entsteht eine der größten Film- und TV-Produktionsstätten Asiens. Am 21. Februar fand die Eröffnungszereemonie für East Asia Satellite (EAST) TV City statt. EAST TV City wird von der eSun Holdings Limited, einer Medien- und Unterhaltungsgesellschaft, die chinesische Zuschauer in aller Welt als Zielgruppe hat, auf einer Fläche von 150.000 qm in Macaus Cotai City gebaut. Die Kosten für die Anlage, die auf dem neuesten Stand der Technik ist und u.a. neun Studios umfasst, werden auf 300 Mio. HK\$ (ca. 40 Mio. US\$) veranschlagt. Mit dem Bau wird im 2. Quartal dieses Jahres begonnen. Wenn EAST TV City ihren Betrieb aufgenommen hat, werden jährlich 5.000 Stunden Programm produziert werden können. Touristen sollen mit Einblicken in die Studioarbeit, Restaurants und Geschäften angelockt werden. „EAST TV City stellt eine strategische Schlüsselinvestition in un-

serer Mission dar, der Haupthersteller und -verteiler von Markeninhalten chinesischer Sprache zu sein“, so ein Vorstandsmitglied der Gesellschaft. (XNA, 22.2.01) -ljk-

---

## Taiwan

---

### 47 Glaubwürdigkeitsdebakel der Regierung: Baustopp für 4. AKW aufgehoben

Nach weiterem erfolglosem Taktieren knickte die Regierung Mitte Februar in einer Frage ein, an der ein wesentliches Stück ihrer politischen Identität hing: Sie gab ihre strikte Anti-Atomkraftpolitik auf und ordnete den Weiterbau des vierten Atomkraftwerks (AKW) an. Damit beugte sie sich der übermächtigen Opposition im Parlament, verspielte aber gleichzeitig ihre Glaubwürdigkeit bei ihren Wählern.

Seit vielen Jahren verfiucht die Demokratische Fortschrittspartei DPP eine entschiedene Anti-AKW-Position. Im Präsidentschaftswahlkampf des letzten Jahres mobilisierte Chen Shui-bian damit seine Anhängerschaft und versprach, das vierte AKW nicht zu Ende bauen zu lassen. Nach seinem überraschenden Wahlerfolg versuchte er einen gewagten politischen Spagat: Einerseits sollte seine als überparteilich gedachte Minderheitsregierung die Opposition einbinden, andererseits wollte er sein Wahlversprechen halten, obwohl die im Parlament, dem Legislativ-Yuan, tonangebende Nationale Volkspartei KMT den Bau des vierten AKW beschlossen hatte und weiterhin für notwendig hält. Anfang Oktober erklärte Ministerpräsident Tang Fei (KMT) unter anderem deswegen seinen Rücktritt, weil er die sich abzeichnende Entscheidung für einen Baustopp nicht mittragen wollte. Als sein Amtsnachfolger Chang Chun-hsiung (DPP) dann Ende Oktober die Einstellung der Bauarbeiten anordnete, löste er damit eine in Taiwan nie da gewesene Verfassungskrise aus, die die taiwanische Politik über Monate lähmte. Nach einem höchstrichterlichen Rechtsgutachten, das Verfahrensfehler rügte, forderte das Parlament Ende Januar explizit die sofortige Wie-

deraufnahme der Bauarbeiten. (Vgl. C.a., 2000/10, Ü 43, 2000/11, Ü 46 und 2001/1, Ü 49)

Der Parlamentsbeschluss kam der Regierung in einem Punkt überraschend entgegen: Er nennt als Fernziel zukünftiger Energiepolitik ein atomkraftfreies Taiwan. Damit war ein psychologisch wichtiges Signal für eine Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Regierung und Parlamentsopposition gesetzt. Tatsächlich wurde eine sehr weitgehende Annäherung der Standpunkte erzielt, die auf einen Weiterbau des AKW im Verein mit der Formulierung eines Energieentwicklungsgesetzes zur Klärung der langfristigen Perspektiven sowie auf einen Terminplan zur vorzeitigen Stilllegung der älteren drei Kernkraftwerke hinauslief, dann allerdings versuchte Premier Chang erneut, den geforderten Weiterbau auf unbestimmte Zeit zu verzögern, indem er die Beschlussfassung über das Energiegesetz zur Voraussetzung für den Weiterbau erklärte. Das Parlament blieb hart, schließlich knickte Chang ein und gab am 14. Februar bekannt, die Bauarbeiten sofort wieder aufnehmen zu lassen.

Damit ist das Patt zwischen Regierung und Opposition einstweilen beseitigt, aber die politische Malaise, die sich die Regierung in völliger Verkennerung der Machtverhältnisse selbst eingebrockt hat, keineswegs vorüber. Folgende Fragen bleiben offen:

1. Welche Unterstützung genießt die Regierung noch in der Bevölkerung? Führende Repräsentanten der DPP, allen voran der frühere Parteivorsitzende Lin Yi-hsiung (Lin Yixiong) zeigten sich schockiert über den Weiterbaubeschluss. Scharfe Kritik kam von Anti-AKW-Aktivistinnen aus der Bevölkerung sowie von den Anrainern des zukünftigen AKW. Der Glaubwürdigkeitsverlust, den sich die Regierung Chang sowie der sie unterstützende Präsident mit der Rücknahme des Baustopps in ihrer Anhängerschaft eingehandelt haben, ist immens, auch wenn Premier und Präsident das in der Parlamentsresolution enthaltene Fernziel des AKW-freien Taiwan als Erfolg ihrer Politik gewertet sehen möchten. Ob es mehr wert ist als das Papier, auf dem es steht, wird sich erst noch erweisen müssen.

2. Wie steht es mit Handlungs- und Kompromissfähigkeit von Premier



Chang und seiner Regierung? Weder Chang noch Wirtschaftsminister Lin Chong-pin (Lin Zongbin) erkannten für sich eine Notwendigkeit zum Rücktritt. Nun taktiert Chang weiter: Um doch noch irgendwie das letzte Worte zu behalten, möchte er zur Atomenergiepolitik ein Referendum durchführen lassen und hat die Verabschiedung eines Referendumsgesetzes zur ersten Priorität auf seiner Agenda erklärt – eine erneute, unsinnige Provokation der Opposition, die ein solches Gesetz natürlich verhindern wird. Ersatzweise könnte, so gab er dem Parlament bekannt, bei den nächsten Parlamentswahlen im Dezember eine unverbindliche Wählerbefragung erfolgen – aber mit welchem Zweck? Im Parlament wird ihn kaum nach einer ernst nehmen wollen, die DPP-Abgeordneten eingeschlossen.

3. Was wird aus dem vierten AKW und aus dem taiwanischen Investitionsklima? Der Weiterbau des AKW ist momentan beschlossen, aber der staatliche Energieversorger Taipower als Bauherr rechnet so bald nicht mit einer Wiederaufnahme der Arbeiten. Keine der inländischen Vertragsfirmen muss sich rechtlich mehr gebunden fühlen, die Arbeiten fortzusetzen. Ta Tung Construction als eine der wichtigsten Baufirmen hat angekündigt, sich zurückziehen zu wollen. Sehr ernst gemeint ist das vermutlich nicht, denn wenig später signalisierte Ta Tung wieder Verhandlungsbereitschaft, solange allerdings noch ein Plebiszit oder ein erneuter Baustopp auf Beschluss des Ende der Jahres neukonstituierten Legislative drohen, ist die Zukunft des Großprojektes nach wie vor ungewiss. Die Labilität der wirtschaftspolitischen Situation überträgt sich aufs Investitionsklima. Kritiker sahen in der Baustoppentscheidung vom letzten Oktober einen wichtigen Grund für die Aktienbaisse. Ob zu recht, sei dahingestellt, fest steht jedenfalls, dass die Art, wie die Regierung das AKW-Problem weiterhin behandelt, heimische wie ausländische Investoren nicht eben ermuntern wird. Dieser Negativeffekt wiegt umso schwerer, als die Tendenz zur Verlagerung von Produktionsbetrieben auf das chinesische Festland ohnehin immer mehr wächst und die Arbeitslosigkeit mit 3,35 Prozent im Januar einen 15-Jahres-Rekord erreichte – mit weiter steigender Tendenz.

4. Wer kommt für die zusätzlichen Kosten auf? Schon Mitte letzten Jahres war klar, dass die zum Bau des 4. AKW ursprünglich veranschlagten 170 Mrd. NT\$ (5,65 Mrd. Euro) nicht ausreichen würden, sondern weitere 38 Mrd. NT\$ aufzubringen wären. Durch den Baustopp waren bis Ende Januar Kosten von weiteren 700 Mio. NT\$ (23,25 Mio. Euro) entstanden, ein Betrag, der sich nach Taipower-Schätzung bis zur tatsächlichen Wiederaufnahme der Arbeiten noch einmal verdoppeln dürfte. Kompensationszahlungen an die Vertragsfirmen für die Zeit der Stilllegung sind darin noch nicht enthalten. Derzeit ist offen, wie diese zusätzlichen Kosten finanziert werden sollen. Der mit dem Anspruch volksnaher Politik angetretene Präsident wird es jedenfalls nicht leicht haben, Ausgaben von mindestens 1,4 Mrd NT\$ gegenüber den Wählern zu rechtfertigen, wenn diese Kosten bei einer realistischen Einschätzung der Machtverhältnisse gänzlich hätten vermieden werden können. Ministerpräsident Chang scheint auch bei der Nachbewilligung der Kosten darauf zu setzen, dass die neue Legislative Ende des Jahres den Weiterbau des AKW verhindern könne, indem sie ihre Zustimmung verweigert. Damit würde allerdings die Kostenrechnung, die der Entscheidung für den Baustopp im Oktober zu Grunde gelegt wurde, vollends hinfällig. Dies gilt umso mehr, als Taipower bei der Fertigstellung des AKW inzwischen mit einer Verzögerung von einem Jahr rechnet, wovon voraussichtlich ein halbes Jahr auf das Konto des unnützen Baustopps geht.

Während schon Präsident Chen Shuibian viel von seinem Glanz verloren hat, hat sich der von ihm ernannte Chang Chun-hsiung als gewaltiger Missgriff erwiesen. Auch nach dem Debakel mit dem Baustopp schätzt er die Machtverhältnisse weiterhin falsch ein, taktiert kurzsichtig und macht sich im Parlament unnütz Feinde. Ginge es nach ihm und verabschiedete das Parlament ein Plebiszitgesetz, das einen Volksentscheid über die Atomenergie erlauben würde, würde der Streit damit noch stärker in die Bevölkerung getragen als bisher. Zudem sind Plebiszite zur Lösung der Streitfragen, die zwischen Minderheitsregierung und Parlament entstehen, nicht das geeignete Mittel. Die nötige Dis-

kussion über eine Verfassungsreform, die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zusammenführen müsste, findet bislang nicht statt. Auch den stark emotionalisierten Streit um die Energieversorgung hätte die Regierung zu entschärfen, statt ihn weiter anzuhetzen. Das vorgeschlagene Energieentwicklungsgesetz böte hierzu einen geeigneten Anlass, doch auf Changs Agenda, was dringende Gesetzesinitiativen angeht, fand es sich nicht berücksichtigt. Die Chancen des mit so viel Vorschusslorbeeren angetretenen Präsidenten Chen und seiner Regierung, bei den Parlamentswahlen im Dezember eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu bringen, dürften gegen Null tendieren, zumindest wenn Chang, wie angekündigt, im Amt bleibt. Dann allerdings könnte sich das lähmende Gegeneinander von Regierung und Opposition auch im nächsten Jahr fortsetzen.

Indem sie ihre politische Glaubwürdigkeit verspielen, erweisen Präsident und Premier letztlich auch der Anti-AKW-Bewegung einen Bärendienst. Tatsächlich gibt es in Taiwan gute Gründe für einen Ausstieg aus der zivilen Atomkraftnutzung. Allen voran ist das ungelöste Problem der Entsorgung radioaktiver Abfälle zu nennen. Zweitens ist die Erdbebensicherheit der Atomkraftanlagen mindestens zweifelhaft; dies gilt auch für das neue AKW. Zudem wiesen Experten darauf hin, dass die immensen Geldmittel, die in das vierte AKW fließen, effizienter zur Förderung von Energiesparmaßnahmen einzusetzen wären. (TH, 1., 2., 5.-9., 12.-16., 19.-21., 26.2.01; TT, 1.-7., 13.-15., 17., 19.-21.2.01; SCMP, 3., 6., 7., 14.2.01; FT, 14.2.01; NfA, 15.2.01) -hws-

#### 48 Ölunfall am Kenting-Nationalpark: weiterer Vertrauensschaden für die Regierung

Bis Anfang Februar traten aus einem an Taiwans Südspitze auf Grund gelaufenen Frachter über 1.000 t Treibstoff aus und beschädigten das sensible Ökosystem des Kenting-Nationalparks. Erst mit über dreiwöchiger Verspätung begannen staatliche Anstrengungen, die Verschmutzung zu beseitigen und deren Auswirkung einzudämmen. Im Kreuzfeuer der Kritik steht Taiwans Umweltbehörde.



Am 14. Januar lief weit von Taiwans Südkap ein steuerungslos treibender griechischer Frachter auf Grund. Die Besatzung wurde per Hubschrauber geborgen. Vier Tage später zerbrach das auf einem Riff aufsitzende Schiff in zwei Teile; dabei lief der größte Teil – etwa 1.150 t – des gebunkerten Öltreibstoffs aus. Im Vergleich zu den bei Tankerhavarien ins Meer fließenden Ölmassen war die Menge recht gering, der Unfall geschah jedoch an ökologisch höchst sensibler Stelle: am Lungkeng-Wildreservat des Kenting-Nationalparks, zu dem küstennahe Korallenriffe zählen. Die Reederei heuerte etwa 200 Personen aus der näheren Umgebung an, um das an die Küste getriebene Öl zu beseitigen; diese Arbeiten wurden am 26. Januar in Angriff genommen. Erst zweieinhalb Wochen nach Auftreten der Ölverschmutzung begann die Umweltbehörde EPO sich um das Problem zu kümmern. Mittlerweile waren 5 km Felsküste betroffen, und die Gefahr bestand, dass das Öl sich bis zu den Badestränden am Nationalpark ausdehnen würde. Als dann am 7. Februar sich der Leiter der Umweltbehörde erstmals an die Unglücksstelle bemühte, wurde er von Hunderten wütender Anwohner attackiert, die den Unfall als existenzbedrohend empfinden, da er mit der Fischerei und dem Tourismus zwei wichtige Einkommensquellen der Region gefährdet.

Einen Tag zuvor hatten Oppositionsparlamentarier die Regierung unter Beschuss genommen: Sie habe der Tragödie wochenlang tatenlos zugesehen. Nun wurde auch Ministerpräsident Chang Chun-hsiung (Zhang Junxiong) aktiv: Er stimmte in die Kritik an der Umweltbehörde ein und bat das Verteidigungsministerium um Unterstützung. Am 11. Februar rückten schließlich 700 Soldaten an die Ölfront aus. Sechs Tage später hieß es, der Küstenstrich sei im Wesentlichen wieder sauber.

Wie groß und anhaltend die Schäden am Ökosystem des Wildreservats tatsächlich sind, war im Februar noch nicht zu übersehen, doch zeichnete sich ab, dass die Auswirkungen wohl weit weniger dramatisch sein werden als zunächst befürchtet. So dürfte sich der politische Schaden womöglich als der größere erweisen. Ausgerechnet bei einer – mindestens potenziellen – Umweltkatastrophe bot die DPP-Regie-

rung, zu deren vornehmsten Zielen ein „grünes“, ökologisches Taiwan zählt, ein miserables Bild und erlitt in ihrer südtaiwanischen Wählerhochburg einen erheblichen Vertrauensschaden. Auch die Opposition steht mit ihrer ebenfalls um Wochen verspäteten Kritik freilich nicht besser da. Ihre Einschätzung jedoch, dass die Regierung der Demokratischen Fortschrittspartei sich nicht eben durch Kompetenz und Effizienz auszeichnet, hat der Vorfall am Kenting-Nationalpark einmal mehr bestätigt. (SCMP, 5.2., 8.2.01; TH, 6.9.2., 12.2., 16.2.01; TT, 8.2.01) -hws-

#### 49 **Präsident Chen kritisiert eigene Regierung; Premier gelobt Besserung**

An scharfe Kritik aus der Opposition und seitens der Presse war die Regierung bereits gewöhnt. Nachdem im Februar die eigene Partei, die DPP, hinzugekommen war, hielt schließlich noch der Präsident seiner eigenen Mannschaft den Spiegel vor.

Er tat dies in aller Öffentlichkeit, und zwar in einer Ansprache an die Nationale Konferenz für Verwaltungsreform. Seine Kernaussage lautete: Die Regierung arbeite ineffektiv und habe keinen Sinn für Zeit und Kosten. Im Einzelnen führte er folgende Beispiele auf:

1. die Verschleppung eines Gesetzes, das den 28. Februar aus der Liste der nationalen Feiertage streichen soll;
2. die wochenlange Untätigkeit bei der Ölverschmutzung am Kenting-Nationalpark (s. obige Übersicht);
3. anhaltende Verzögerungen beim Wiederaufbau nach dem Erdbeben vom 21.9.1999;
4. Verzögerungen beim Bau einer Autobahn;
5. die Handhabung eines Konfliktes zwischen der im Bau befindlichen Expresszugstrecke Taipei-Kaohsiung und dem Wissenschaftspark Tainan, der vor Vibrationen, die von der Bahn ausgehen, geschützt werden muss.

Das weitaus gravierendste Missmanagement, das sich die Regierung leistete, erwähnte Chen nicht: den AKW-Bau-stopp. Pressekommentare wiesen darauf hin, dass der Präsident seine Män-

gelliste noch um etliche andere Positionen hätte verlängern können, so das Hin und Her um die Wochenarbeitszeit und die fruchtlosen Interventionen der Regierung zur Stabilisierung des Aktienmarktes.

Ministerpräsident Chang erklärte, sich die Kritik zu Herzen nehmen zu wollen und begann damit, die Behörden nach säumigen Beamten zu durchforschten. Explizit genannt wurde der Leiter der Umweltbehörde, gegen den bereits mehrere Untersuchungen wegen der Versäumnisse bei dem Ölunfall laufen. Die Gelegenheit zum Aufräumen ist für Premier Chang günstig, da ohnehin eine durchgreifende Restrukturierung bei den dem Kabinett unterstehenden Behörden ansteht. Ihre Zahl soll von derzeit 35 auf 25 verringert werden. Auch ein Kabinettsrevirement war Ende Februar im Gespräch. (TH, 26.2., 27.2.01; TT, 26.2., 27.2.01) -hws-

#### 50 **Sinkendes Wirtschaftswachstum erwartet, Lob für Maßnahmenbündel und weitere Liberalisierung**

Das Generaldirektorium für Budget, Rechnungswesen und Statistik (DGBAS) senkte seine Prognose des diesjährigen Wirtschaftswachstums Mitte Februar von zuvor 6,03 auf nunmehr 5,25%. Als Gründe wurden neben der schwindenden Nachfrage in Taiwans Hauptabnehmerländern Japan und USA und dem generell nachlassenden Weltwirtschaftswachstum vor allem interne politische Faktoren genannt. Das Investitionsklima sei ungünstig, und die derzeit steigende Arbeitslosenquote gehe mit einer sinkenden Nachfrage im privaten Konsumsektor einher. Die Wachstumsrate könne sogar noch bis auf 4,75% sinken, falls von der Regierung geplante Infrastrukturausgaben in einer Gesamthöhe von 111,5 Mrd. NT\$ (3,7 Mrd. Euro) nicht wie geplant erfolgten – sie müssen noch die Parlamentshürde nehmen. Besonders stark sei das Wirtschaftswachstum im letzten Quartal 2000 zurückgefallen, als es nur noch 4,08% gegenüber 6,6% im dritten Quartal betrug (Werte jeweils gegenüber Vorjahreszeitraum). Im Gesamtjahr 2000 hatte das Wachstum noch bei 5,98% gelegen. (TH, 19.2.01; TT, 17.2.01; WSJ, 19.2.01; SCMP, 21.2.01)



Mit seiner Prognose hat sich das DG-BAS den pessimistischen Erwartungen anderer Stellen angenähert. Das allgemeine Wirtschaftsklima wird als ungünstig eingestuft. Bei der Arbeitslosenquote werden neue Rekordwerte erwartet, auch wenn der Anteil der Stellungsuchenden im internationalen Vergleich mit unter 4% nach wie vor niedrig ist. Gleichzeitig zieht allerdings auch die Inflation an; sie erreichte im Januar mit 2,36% ein 26-Monats-Hoch. (TH, 6.2.01) Gleichwohl senkte die Zentralbank die Leitzinsen Anfang Februar um 25 Basispunkte. (TH, 2.2.01)

Die erwähnten Infrastrukturausgaben sind Teil eines größeren Maßnahmenbündels, für das die jüngst arg gebeutelte Regierung einiges Lob einheimen konnte. Geplant sind unter anderem der Bau einer dritten Nord-Süd-Hochspannungsleitung zur Stärkung der Energieversorgungssicherheit, die Liberalisierung des Arbeitsmarktes mit dem Ziel, die Einstellung ausländischen Fachpersonals zu erleichtern, eine Liberalisierung des Immobilienmarkts, um ausländische Investitionen zu ermöglichen, und eine Dezentralisierung der Flächennutzungsplanung. (FT, 1.2.01; NfA, 19.2.01; TH, 20.2.01)  
-hws-